

Verwaltungs- und kommunale Gebietsreform in Lettland

1. Einführung

Die administrative und territoriale Reform der kommunalen und regionalen Verwaltungsstruktur in Lettland, konkret die Bildung von größeren Gemeinden einerseits und Regionen an Stelle der bisherigen, sogenannten Rajone andererseits, ist untrennbar verbunden mit dem allgemeinen Reformprozeß in der Transformationsphase von der sozialistischen Diktatur zum demokratisch organisierten Staat. Das betrifft folglich nicht nur unmittelbar den wirtschaftlichen Bereich, sondern ebenso den Aufbau des Staates, weil beide Prozesse sich gegenseitig beeinflussen und bedingen. Die kommunale Gebietsreform kann darum nicht getrennt werden von der gleichzeitig laufenden allgemeinen Verwaltungsreform. Die Bedeutung dieses Reformkomplexes bestätigt auch in der Tatsache, daß es in der Regierung seit vergangenem Sommer einen Minister für besondere Aufgaben gibt, dessen Tätigkeitsfeld die Reform von Verwaltung und kommunaler Selbstverwaltung ist. Das Amt hat **Jānis Bunkšs** von der Partei **Lettlands Weg** (Latvijas Ceļš) inne.

Die bisherige Verwaltungsgliederungen des erst 1991 erneut unabhängig gewordenen Landes wurde in den vergangenen zehn Jahren noch nicht wesentlich verändert, das bestehende System stammt folglich aus den sechziger Jahren, als die Sowjetmacht zuletzt eine Änderung der Verwaltungseinheiten durchführte und in der Lettischen Sozialistischen Sowjetrepublik 26 Rajone schaffte; ein System, das den Erfordernissen und Möglichkeiten einer modernen Demokratie nur bedingt gewachsen ist. In einem Land mit 2,5 Millionen Einwohnern und einer Fläche von rund 65.000 km² sind diese Gebietskörperschaften einfach zu klein, eine Reform unumgänglich. **Die kleinste Gemeinde im Rajon Valmiera, Ipiķi, hat gerade einmal 393 Einwohner!** Obwohl die Rajone als solche nach der Unabhängigkeit nicht abgeschafft wurden, gehören die gewählten Volksvertretungen aber schon seit 1997 der Vergangenheit an. Noch früher

schon waren Einnahmequellen der Rajone demontiert und Aufgaben an die Gemeinden delegiert worden.

Auch in der innenpolitischen Diskussion ist es weitgehend unumstritten, daß diese 26 Rajone im dünnbesiedelten Baltikum einfach zu viele sind. Das Transformationsland kann die Kosten der Selbstverwaltung nur bedingt tragen, eine Gemeinde ist ärmer als die andere, vor allem in den strukturschwachen Regionen des Landes. Kern der Diskussion während der letzten Jahre und verstärkt während der letzten Monate, da die Reform und damit eine endgültige Entscheidung näher rücken, sind die Fragen, wie groß sollen die Rajone sein, welche Funktionen sollen sie haben und vor allem auch, wer soll sie regieren, ein direkt gewähltes Organ oder ein von der Zentralregierung eingesetzter Präfekt. So gibt es zwar ein Projekt, welches vor zwei Jahren verabschiedet wurde, aber in der gegenwärtigen Regierung gibt es starke Kräfte, die gegen dessen Realisierung sind.

2. Das Reformprojekt von 1998

Grundlage auch der gegenwärtigen, zum Teil scharfen Auseinandersetzung ist zunächst das Gesetz über die administrativ-territoriale Reform von 1998, das eine Neugliederung der Verwaltungseinheiten durch die Abschaffung der beiden Ebenen Rajon (Rajons) und Gemeinde (Pagasts) und ihre Ersetzung durch den Kreis (Novads) sowie die Bildung von Regionen vorsieht.

Konkret haben die Gemeinden bis zum 31. Dezember 2003 Zeit, freiwillige Vereinigungen zu den neuen Kreisen durchzuführen. Anschließend sollte bis zum 30. November 2004 eine von zentraler Hand geführte Vervollständigung stattfinden, um im Frühjahr 2005 Kommunalwahlen durchführen zu können. Diese Termine sind zwischendurch allerdings teilweise geändert worden.

Bei beiden Prozessen, vor allem aber der Vereinigung von Gemeinden sollen historische Aspekte nicht unberücksichtigt bleiben ebenso wie

aktuelle verkehrstechnische, damit das neue Zentrum eines Kreises zum einen nicht mehr als 30 Autobusminuten entfernt ist und zum anderen keine miteinander konkurrierenden Zentren oder fehlende Verkehrsanbindungen die Entwicklung behindern.

Ein ganz wichtiger Aspekt der Bildung von Regionen war damals außerdem auch die bewußte Entscheidung, daß es künftig eben nicht die vier historischen Provinzen Livland, Kurland, Lettgallen und Semgallen (Vidzeme, Kurzeme, Zemgale, Latgale) geben sollte, sondern als Hauptvorschlag neun Regionen anstelle der 26 heutigen Rajone. Von Anfang an war es dabei aber umstritten, ob nicht doch mehr oder weniger als neun Regionen eine günstigere Lösung sind. **In Livland war vorgesehen, ungefähr die bisherigen Rajone, Valmiera, Limbaži, Valka und Cēsis zu einer Region zusammenzulegen.**

Die Beschreibung von Aufgaben und Zweck der Bildung von Regionen blieb jedoch recht nebulös, weil auf der einen Seite im Vergleich zu den bisherigen Rajonen lebensfähigere Einheiten geschaffen werden sollten, was den Zielen der Vereinigung von Gemeinden sehr nahe kam, gleichzeitig aber die bisherigen Zentren nicht zu sehr abgewertet werden sollten, um der Bevölkerung die nötigen staatlichen Dienstleistungen möglichst vor Ort anzubieten, wie auch eine Entwicklung des neuen Zentrums zum wichtigsten Anziehungspunkt nicht begrüßt wurde.

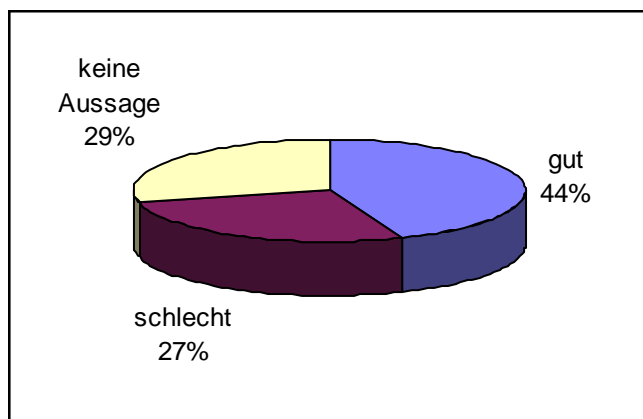
Auch bezüglich der konkreten Funktionen blieben die Regierungspläne undeutlich. Aus- und Weiterbildung von Arbeitslosen, die Gesundheitsversorgung und der Straßenbau sollten ebenso in die Zuständigkeit der Regionen fallen wie Programme für die Investitionen der öffentlichen Hand. Darüber hinaus sollte auch der Bildungsbereich von der Finanzierung der Pädagogen bis hin zur Methodenkompetenz an die Regionen abgegeben werden. Die Finanzierung dieser Aufgaben sollte über Anteile an der Einkommensteuer und der Unternehmensbesteuerung ebenso wie der Kraftstoffsteuer abgesichert werden. Auf politischer Ebene

sollte ein gewähltes Organ eingerichtet werden. Zwar war die Zahl der zu bildenden Regionen nicht endgültig festgelegt, mit der Nennung von neun konkreten Regionen jedoch ein klares Votum der eigenen Prioritäten herausgestrichen worden. (Ergebnisse der zu diesen Aspekten durchgeführten Befragung folgen.)

Viele kommunale Gebietskörperschaften stimmten dem Plan nicht zu, weil die neuen neun Regionen mit der Hauptstadt Riga nicht konkurrieren können. Trotzdem fanden umgehend erste Veränderungen auf freiwilliger Basis statt. Das war die Bildung des Kreises Kandava in Kurland, die Vereinigung der Stadt Ikšķīle an der Düna mit ihrem Umland sowie die Vereinigung von Salacgrīva an der livländischen Küste mit dem Umland.

Die Vereinigung der Stadt Kandava mit den Gemeinden Kandava und Cēre

Abbildung 1: Meinung zur Vereinigung



fand 1996 schon zu einem sehr frühen Zeitpunkt statt und war viel beachtet. Das Ministerium nennt als Erfolge eine Reorganisation der Verwaltung und der öffentlichen Dienstleistungen, wie etwa die Einrichtung von 13 neuen

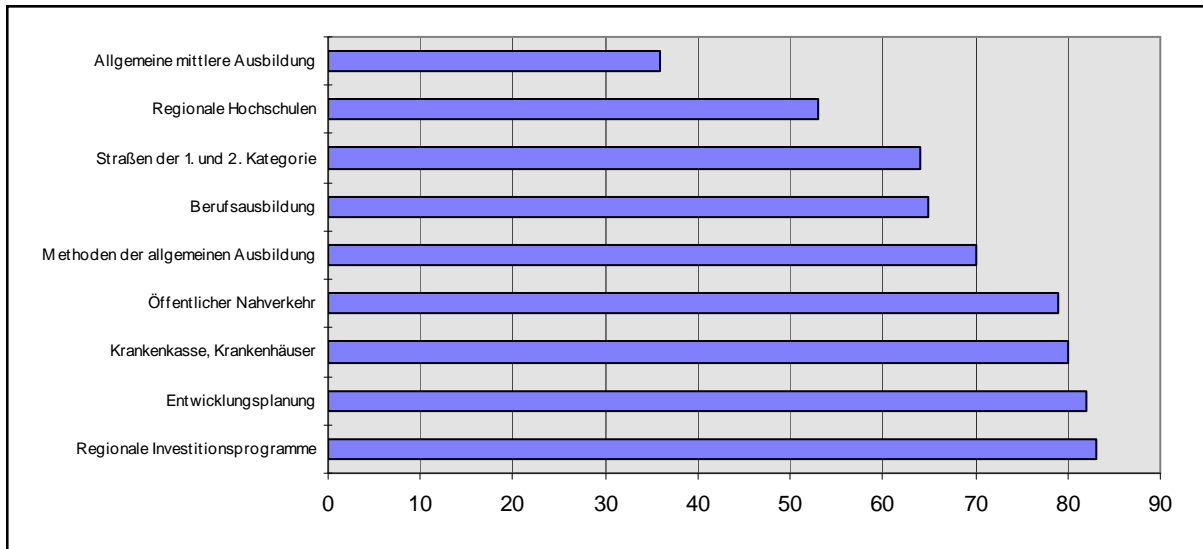
Buslinien, die jeden Winkel des neuen Gebietes mit dem Zentrum Kandava garantieren. Gleichzeitig hätten die früheren Zentren der alten Gemeinden ihre zentralen Funktionen behalten, behauptet das Ministerium wie auch, daß die Zahl der Beamten verringert wurde, ohne daß jemand arbeitslos wurde. Die frei werdenden Arbeitskräfte seien in öffentlichen Betrieben und Einrichtungen untergekommen. Fest steht, daß auch in Kandava die Vereinigung der Gemeinden in der Bevölkerung umstritten ist. Auch nach fast drei Jahren bewerten nur 44% die Entscheidung von damals als positiv, 27% dagegen negativ und weitere 29% wissen keine Antwort zu geben.

3. Untersuchungen 1998 und 1999

Um die genauen Umstände zu erforschen, wurden verschiedene Rajone ausgewählt, in denen 1998 und 1999 teilweise mit PHARE-Mitteln teilweise mit nationaler Finanzierung Untersuchungen durchgeführt wurden. Im Sommer 1999 wurden die Ergebnisse dieser Untersuchungen in Riga anlässlich einer Konferenz vorgestellt, an welcher der Minister für die Verwaltungs- und kommunale Gebietsreform, Jānis Bunkšs, sowie PHARE-Direktor, **Holger Pyndt**, und sein Programmkoordinator **Peter Heiberg** teilnahmen. 454 von 586 Gebietskörperschaften hatten die Fragebögen beantwortet zurückgeschickt. Die Fragen betrafen Organisation, Kontakte, Haushalt und soziale Fragen ebenso wie die Einstellung der Bevölkerung.

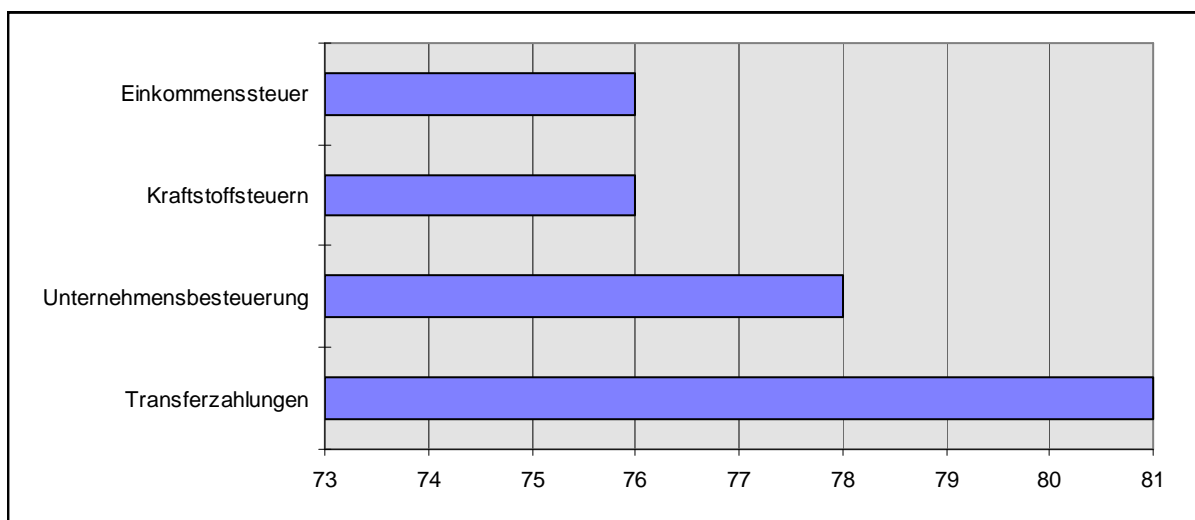
Einer dieser Rajone war Valmiera, im Jahre 1967 gebildet, bestehend aus 21 Gemeinden und drei Städten mit insgesamt 60.174 Einwohnern. Die Umfrage zeigte, daß die Mehrheit der Bevölkerung mit der Arbeit ihrer Volksvertreter wenigstens grundlegend zufrieden war, die Ablehnung von Vereinigungen mit Nachbargemeinden betrug allerdings nicht weniger als 65%, denen gerade einmal 5% Befürworter gegenüberstanden. Grund dafür ist zum einen die Sorge davor, daß ein anderes, entfernteres Zentrum eventuell nicht dasselbe Interesse an den Menschen haben könnte und lokale Einrichtungen wie Schulen geschlossen werden; fehlendes Vertrauen also als auch Zweifel, ob die Vereinigung von mehreren armen Gemeinden mehr finanzielle Mittel freimachen kann, um die kommunalen Aufgaben besser zu erfüllen. Gleichzeitig waren die Befragten aber auch so ehrlich, ihre relative Uninformiertheit anzuerkennen, was gegebenenfalls auch zur Ablehnung von nicht wirklich bekannten Veränderungen beiträgt. Und dieses Ergebnis gilt nicht nur für den Rajon Valmiera, landesweit fielen die Antworten nicht viel anders aus.

Abbildung 2: Meinung über Aufgaben der Regionen



Konkret sprach sich die Bevölkerung dafür aus, daß regionale Investitionsprogramme (83%), Entwicklungsplanung (82%), Krankenkasse und Krankenhäuser (80%), öffentlicher Nahverkehr (79%), Vorgaben für die allgemeine Bildung (70%), Berufsbildung (65%), Straßen der ersten und zweiten Kategorie (64%) und regionale Hochschulen (53%) von den neu zu schaffenden Regionen betreut werden sollten. Allein die Zuständigkeit für Schulen sprachen sich mit 36% weniger als die Hälfte der

Abbildung 3: Meinung über Finanzierung der Regionen



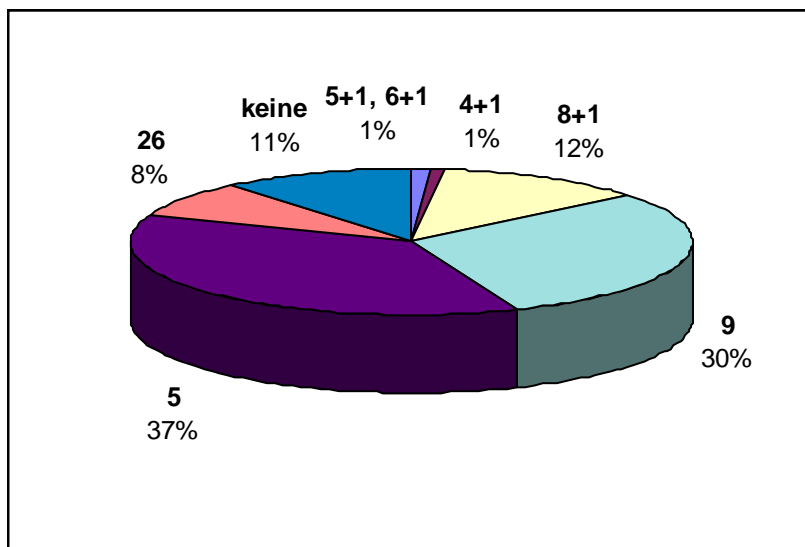
Befragten aus, wobei die Gegnerschaft hier mit 47% ebenfalls weniger als die Hälfte beträgt, obwohl der Kabinettsentwurf dies zunächst vorsah.

Was die Finanzierung betrifft sprachen sich 81% für Transferleistungen des Zentralstaates aus, 78% für die Einnahme eines Teils der Unternehmensbesteuerung und 76% für die anteilige Zuweisung der Kraftstoffsteuer. 76% waren der Ansicht, daß ein Teil der Einkommenssteuer der Bevölkerung in den betroffenen Gebieten an die Regionen fließen muß.

Von den 586 befragten Gemieden sprachen sich für das in dem Gesetzentwurf abgelehnte Modell 4+1, historische Provinzen plus Riga, nur

vier aus. Bedeutend mehr, nämlich 50, konnten sich überhaupt nicht nur Zustimmung zu einer der angebotenen Lösungen durchringen. 35 waren einfach für die Beibehaltung des geltenden Systems. Das favorisierte neunpolige Modell fanden zwar 136

Abbildung 4: Meinung über Zahl der Regionen



Gemeinden akzeptabel, doch mit 171 gab es immerhin eine starke Opposition für nur fünf Regionen sowie immerhin 54 für ein Modell 8+1.

4. Aktuelle Diskussion

Im Februar wurde bekannt, daß die Regierung, allem voran die **Volkspartei** (Tautas Partija) von Ministerpräsident Andris Šķēles, die gleichzeitig auch die größte an der Koalition beteiligte Partei ist, im Rahmen der Regionalreform ein Modell befürworten, daß sich deutlich von dem 1998 verabschiedeten Vorhaben unterscheidet. Nicht nur wurde die

Zahl der Regionen nun doch auf die vier historischen Regionen Lettgallen, Livland, Semgallen und Kurland plus Riga beschränkt, sondern Šķēle plant offensichtlich doch, diese Regionen durch einen Gouverneur verwalten zu lassen, der von der Regierung eingesetzt wird, anstatt Lokalwahlen durchzuführen. Leider ist die Fraktion der Volkspartei nicht bereit, Auskunft über ihre Position und den Meinungswandel zu geben.

Die Reaktionen der beiden Koalitionspartner waren verschieden. Die konservative und national gesinnte Partei **Für Vaterland und Freiheit** (Tēvzemei un Brīvībai) verkündete, daß erst auf einer Sondersitzung der Parteigremien die endgültige Stellungnahme zum Projekt entschieden wird, während der liberale Lettlands Weg auf sein Parteiprogramm und das darin zum Ausdruck gebrachte Prinzip der Demokratie auch auf lokaler Ebene pocht. Immerhin ist bekannt, daß die Konservativen mit Skepsis auf eine direkt gewählte Volksvertretung auf regionaler Ebene schauen. Sie verbinden damit die Sorge, daß es zu pseudoföderalen Zuständen und daraus folgend zu einem Machtkonflikt zwischen dem Zentralstaat und den großen Provinzen kommen könnte, der die Einheit Lettlands gefährdet.

Intensiv wurden während der letzten Wochen diverse Kompromißlösungen diskutiert, die etwa vorsahen, neben dem von der Zentralregierung eingesetzten Präfekten eine gewählte Volksvertretung zuzulassen. Der Konflikt hat sich inzwischen so weit zugespitzt, daß Lettlands Weg sich jüngst auf einer Parteiversammlung selbst das Ultimatum stellte, den Minister für besondere Aufgaben abzuberaufen, sollte sich Lettlands Weg mit der Forderung nach gewählten regionalen Organen nicht durchsetzen können. Die Basis der Partei verlangte sogar noch radikalere Maßnahmen wie die Durchführung eines Referendums.

Einstweilen hofft die Partei noch auf ein Einlenken der Koalitionspartner von Für Vaterland und Freiheit, die früher immer auf die Prinzipien der Demokratie gepocht hätten. Auch Andris Berziņš, der Bürgermeister der Hauptstadt Riga, tritt für gewählte Organe ein. Im übrigen ist Berziņš auch

gegen die strenge administrative Trennung der Stadt Riga von ihrem Umland, was die Entwicklung der Stadt und die Beziehung zu den benachbarten Städten wie Jurmala und dem Rajon Ogre erschwere. Wirtschaftsminister Vladimirs Makarovs, sagte ebenfalls, daß noch über die Erhöhung der Zahl der Regionen auf neun diskutieren werden könne, weil dann die Gefahr der Machtkonkurrenz zwischen Regionen und Zentrum nicht so groß sei.

Dabei darf allerdings nicht vergessen werden, daß der Einfluß von Makarovs als gering einzuschätzen ist. Der Minister stand während der letzten Monate nicht nur wegen der Diskussion über den Chef der Privatisierungsagentur, Jānis Naglis, der seinerseits Mitglied von Lettlands Weg ist im Dauerkonflikt mit Ministerpräsident Šķēle. Anfang des Jahres sollte er den Wünschen der Volkspartei folgend Naglis nach Anlauf dessen Amtszeit im März durch einen Mann aus den eigenen Reihen ersetzen. Nach langen Diskussionen, in denen die Volkspartei nicht einmal einen Kandidaten präsentierte, stellte die Regierung schließlich lapidar fest, daß es überhaupt kein Dokument gebe, in dem das Ende der Amtszeit von Naglis festgelegt sei.

5. Ventpils contra Ave-Lat oder Lembergs gegen Šķēle

Wie diese Episode schon zeigt, werden sämtliche Reformbemühungen stark beeinflußt, wenn nicht gar behindert durch den Umstand, daß wirtschaftliche Probleme und soziale Unsicherheit der Transformationsperiode sich auch politisch widerspiegeln. Nicht nur, daß sich die in der Gesellschaft kaum verankerten Parteien an der Regierung laufend ablösen. Manche politischen Konflikte bleiben auf dem Niveau (nicht selten vorgeschobener) peripherer Interessenkonflikte bis hin zu persönlichen Feindschaften. Diesen Problemen widmet ihrerseits die Presse große Aufmerksamkeit, weil sich die Leser gerne in ihren Vorurteilen über die „schmutzige“ Politik bestätigt sehen. Während

inhaltliche Auseinandersetzungen selten geführt werden, bleiben Affären oftmals völlig unbewiesene Spekulationen.

Ein Beispiel ist das extrem gespannte Verhältnis zwischen dem derzeitigen Regierungschefs, Andris Šķēle, und dem langjährigen Bürgermeister der Stadt Ventspils, **Aivars Lembergs**. Ohne sich umständlich in den Details dieser seit Jahren bestehenden, persönlichen Fehde der lettischen Politik zu verlieren, scheint es in jedem Fall sinnvoll, kurz die wesentlichen Aspekte dieses Konflikts nachzuzeichnen. Der Geschäftsmann Šķēle, welcher zu Volksfrontzeiten zwischen 1990 und 1992 als untergeordneter Mitarbeiter im Landwirtschaftsministerium gewirkt hatte, war schon einmal zwei Jahre lang Ministerpräsident von 1995 bis 1997. Damals hatten die Letten ein Parlament gewählt, dessen Zersplitterung weder der Rechten noch der Linken ermöglicht hatten, eine Regierung zu bilden. Nach zwei Monaten diverser Versuche, wurde Andris Šķēle damals als parteiloser Kandidat berufen, eine Regenbogenkoalition zu bilden, die neben den wesentlichen Kräften des konservativen Lagers **Letlands Weg** und **Für Vaterland und Freiheit**, die auch jetzt an der Regierung beteiligt sind, ebenfalls inzwischen marginalisierte Parteien wie die **Demokratische Partei Hausherr** (Demokrātiskā Partija Saimnieks) umfaßte. Šķēle überlebte mit seinem als autoritär bezeichneten Stil nach rund zwölf Monaten eine erste Regierungskrise inklusive seines Rücktrittes dank des Umstandes, daß diese heterogene Koalition damals unmöglich im Stande gewesen wäre, einen (politischen) Kandidaten aus ihren Reihen zum Regierungschef zu machen. Rund ein weiteres Jahr später hatte sich diese Situation so weit geändert, daß Šķēle erneut zurücktrat und damit einem Mißtrauensvotum der Koalitionäre zuvorkam. Anschließend gründete der nach wie vor sehr populäre Politiker mit der Volkspartei seine eigene politische Kraft, der sich schnell namhafte andere Politiker des Landes anschlossen. In den Wahlen von 1998 errang diese Partei mit rund 20% aus dem Stand einen beachtlichen Erfolg, wurde aber von einer Anti-

Šķēle-Koalition der beiden jetzigen Partner mit **Der Neuen Partei** (Jaunā Partija) in die Opposition gedrängt. Es ist ein offenes Geheimnis, daß Lembergs diese Konstellation befürwortete, inwiefern er an diesem Ergebnis aktiv beteiligt war, ist aber unklar. Diese Regierung unter **Vilis Krištopans** von Lettlands Weg war jedoch schon wegen der fehlenden Mehrheit im Parlament schwach. Noch bevor die Verhandlungen mit den die Regierung unterstützenden Sozialdemokraten über den Eintritt in die Koalition im Sommer 1999 zu einem Abschluß kommen konnten, stürzte die Regierung im Rahmen der Wahl von Vaira Vīķe-Freiberga zur Präsidentin. Die Koalition hatte sich nicht auf einen gemeinsamen Kandidaten geeinigt, weshalb niemand in fünf Wahlgängen die nötig Mehrheit auf sich vereinigen konnte. Die anschließend zugelassenen neuen Kandidaten sorgten für völlig neue Machtkonstellationen.

Andris Šķēle ist seit 1998 Haupteigner der Gruppe **Ave-Lat**, einem Konzern, dem mehrere Firmen der lettischen Lebensmittelindustrie gehören, wie die prestigereiche Schokoladenfabrik Laima, die unter dem Einfluß des Konzerns vor wenigen Jahren mit dem Konkurrenten Uzvara verschmolzen wurde. Der Regierungschef hatte vom damaligen Mehrheitseigner ein großes Aktienpaket erworben, als die Lebensmittelindustrie im gesamten Baltikum wegen der Rußlandkrise, wohin ein großer Teil des Exports geht, in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten war. Lembergs steht als Bürgermeister der Hafenstadt Ventspils für das Transitgeschäft vorwiegend mit russischem Öl. Lembergs ist in Lettland eine innenpolitisch wichtige Person, weil Ventspils mit Abstand die reichste Stadt im Lande ist.

Šķēle hat kurz nach seinem jüngsten Regierungsantritt im vergangenen Sommer zwar seine Anteile einem Treuhänder übergeben, doch verhindert daß nicht wilde Spekulationen über einen Interessenkonflikt der beiden Politiker, der nicht wirklich begründet ist. Ist Šķēle aktiv im Bereich der Lebensmittelindustrie, so ist das Interesse der in Ventspils tätigen

Unternehmen wegen des Hafens und des Ölgeschäftes mit Rußland das Transitgewerbe. Škele hat sich bei Lembergs eher deshalb unbeliebt gemacht, weil er schon während seiner ersten Regierungszeit gefordert hatte, Regionen zu schaffen, die keine gewählte Führung haben.

6. Protest der kommunalen Selbstverwaltung

Prinzipiell herrscht in der lettischen Öffentlichkeit die Ansicht vor, so kritisierten Kommentar und Karikatur kürzlich in der Wirtschaftszeitung **dienas bizness**, daß eingesetzte Präfekten die Verteilung der europäischen Gelder für die Lokalebene durch die dortigen Amtsträger verhindern sollen. Im gleichen Blatt veröffentlichten auch die Bürgermeister von Ventspils und Liepāja, Uldis Sesks, ihre Positionen.

Am 6. März hatte Lembergs zuletzt öffentlich Šķēle in einem Zeitungsartikel angegriffen. Nicht nur die Vertreter der großen Städte und Gemeinden lehnten das Reformkonzept des Ministerpräsidenten ab, sondern er, Lembergs, kenne überhaupt keinen Vertreter der kommunalen Selbstverwaltung, der das Projekt begrüßt. Dies ist freilich nicht verwunderlich. Welcher örtliche Amtsträger würde schon freiwillig sein Amt aufgeben wollen. Und auch aus der Perspektive der Bevölkerung ist die Gegnerschaft verständlich. Gerade auf dem Lande sind die Menschen sozial nicht abgesichert und verfügen oft nicht über die Möglichkeit, in entfernte Städte zu fahren. Wenn aber die Rajone aufgelöst und durch größere Regionen ersetzt werden, bedeutet das automatisch, daß die Ämter weiter entfernt sein werden.

Lembergs schließt sich im Grunde der Kritik von Lettlands Weg an, daß die Vertretungen in den Regionen, seien es nun vier oder neun, vom Volk gewählt werden müßten. Lembergs zieht als Argument das Subsidiaritätsprinzip heran und den Umstand, daß sich die Regierung bei allen unpopulären Reformen auf die notwendige Angleichung an Europas Standards beruft. Gleichzeitig würde in dieser einen Frage die Entwicklung

in Europa völlig mißachtet. Der Europarat habe 1998 eine Resolution verabschiedet, nach der die lokalen Volksvertretungen in gleichen, freien und geheimen Wahlen besetzt werden müßten. Wenn auch der Vorwurf Lembergs, Šķēle wolle die Macht im Staate unter seinen Ave-Lat-Leuten aufteilen, übertrieben scheint, ist die Angst vor Niederlagen in Kommunalwahlen und dem anschließenden Machtverlust sicher nicht unbegründet. Die extrem personalisierte Wahlverhalten in den osteuropäischen Transformationsgesellschaften läßt diese Sorge durchaus begründet erscheinen, was sich durch vom Zentralstaat eingesetzte Gouverneure freilich ohne Schwierigkeiten umgehen ließe. Doch wie Šķēle auf diesem Weg zweckgebundene Mittel an seine Klientel verteilen will, das bleibt in Lembergs Argumentation offen. Lembergs schließt seine Stellungnahme mit einem Hinweis, daß Šķēle die lokalen Volksvertreter eventuell für inkompetent halte, die Finanzmittel von internationalen Organisationen zur Unterstützung der lokalen Verwaltung zu beantragen und sinnvoll zu verwenden. Die größte Erfahrung in diesem Bereich liege jedoch gerade in den Händen der Kommunalverwaltung.

Der Bürgermeister von Liepāja betont die Bereitschaft der Kommunalen Verwaltung, Verantwortung zu übernehmen. Sesks argumentiert im Vergleich zu Lembergs bedeutend sachlicher und kritisiert, daß Investoren derzeit noch 35 verschiedene Dokumente bei Behörden beantragen müßten, die ihren Sitz in der etwa 200km entfernten Hauptstadt Riga haben. Das behindere die Regionalentwicklung. Der Bürgermeister äußerte außerdem sein Unverständnis, daß die Reform durchgeführt werde, noch ehe die Regierung selber eine klare Vorstellung von den Strukturen des neuen Systems habe. Er schlägt darum vor, die Reform so lange aufzuschieben, bis die inhaltlichen Fragen geklärt sind.

Vehement wehrt sich der Verband der Kommunalen Selbstverwaltung (Pašvaldības Savienība), der die demokratische Entwicklung im Lande gefährdet sieht, gegen das von Šķēle bevorzugte Modell. Die Zahl der zu

schaffenden Regionen sei unwichtig, wichtiger dagegen, das Prinzip der Demokratie zu bewahren.

Ein weiterer Konflikt ist jüngst zwischen dem Verband und der Zentralregierung bezüglich des Straßenbaus entstanden. Die zentrale Behörde überwies den kommunalen Organen nur 50% der vorgesehenen Summe, obwohl die Einnahmen aus den für den Straßenbau vorgesehenen Steuern immerhin 90% der erwarteten Summe betragen. Der Verband beschwerte sich wie Sesks darüber, daß mit jedem Jahr den kommunalen Behörden mehr Aufgaben übertragen werden, deren Finanzierung aber unmöglich sei, solange das Budget nicht ebenfalls entsprechend aufgestockt werde. Darum bestünde regelmäßig die erste Aufgabe darin, zu entscheiden, welche Straßen im laufenden Jahr nicht ausgebessert oder neu gebaut werden können.

Dipl. Verw.-wiss. Axel Reetz, Riga, März 2000